Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

Freitag, 9. September 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau u. Welt", „Lehren u. Lernen", „Reisen u. Wandern"

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 5900-88. Postscheck: Berlin Nr. 107 911

Bezugspreis monatlich Mk 12.— auswärts bei der Post, in Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 8½ mm breite mm-Zeilengezeile Mk 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50

60. Jahrg. Nr. 423 B 137

Tages-Spiegel.

Der bayerische Ministerrat nimmt heute nachmittag den Bericht der Berliner Abordnung entgegen.

★

Zwischen Berlin und Kopenhagen sind erfolgreiche Versuche eines telephonischen Wechselgebräuchs auf drahtlosem Wege durchgeführt worden.

★

Reuter veröffentlicht die Antwort Englands an Irland, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß eine Konferenz auf der Grundlage „Regierung mit Zustimmung der Regierten" unmöglich sei.

★

Ein Völkerbundsmitgliedern wurde gestern vom Generalsekretariat eine Denkschrift über das Saarbecken zugestellt.

★

Heute nachmittag trifft Sir Robert Horne im Londoner Schatzamt mit Dawmer zu einer Besprechung zusammen.

★

Der französische Botschafter in Brüssel erklärte im Namen seiner Regierung, daß das belgische Prioritätsrecht nicht zur Diskussion gestellt werde.

Der bayerische Ministerrat.

Eigene Drahtmeldung.

I.K. München, 9. September.

Die bayerische Delegation ist heute mittag mit dem fahrplanmäßigen Berliner Schnellzuge mit erheblicher Verspätung in München eingetroffen. Die Delegation wird zunächst heute nachmittag dem Ministerpräsidenten v. Kahr über den Verlauf der Berliner Verhandlungen Bericht erstatten. Heute abend wird sich dann ein Ministerrat mit den Vorschlägen der Reichsregierung, die die Delegation mitbringt, beschäftigen, um dazu Stellung zu nehmen. Sonnabend vormittag wird eine Sitzung der Koalitionsführer stattfinden, nach ebenfalls deren Berliner Besprechungen Bericht erstattet und dann die Stellungnahme des bayerischen Kabinetts mitgeteilt wird. Hierauf werden gegen Mittag die einzelnen Fraktionen zur Beratung zusammentreten, an die sich nochmals ein weiterer Ministerrat und eine weitere Sitzung der Koalitionsführer anschließen werden. In bayerischen Regierungskreisen hofft man, daß es auf diese Weise möglich sein wird, bis Sonnabend nachmittag eine Erklärung der bayerischen Regierung herauszubringen. Der hiesige Landtagsausschuß, der morgen nachmittag 3 Uhr zusammentritt, wird mit der Angelegenheit nach den vorläufigen Ablehnungen der maßgebenden Stellen nicht befaßt werden.

I.K. München, 9. September.

Wie wir aus Kreisen der bayerischen Regierung erfahren, ist der erste Eindruck, den das Kompromiß, das die bayerische Abordnung aus Berlin mitgebracht hat, auf die hiesigen maßgebenden Stellen gemacht hat, durchaus günstig. Man rechnet darauftin bestimmt damit, daß dieser Kompromißvorschlag die Billigung nicht nur der Regierung, sondern auch der Koalitionsparteien finden wird, und daß auf diese Weise bis morgen abend eine beiderseitige Klärung und Lösung der schwebenden Fragen zustandekommt.

Bayerische Preßstimmen.

Eigene Drahtmeldung.

I.K. München, 9. September.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt: „Berliner Blätter bringen über die vertraulichen Verhandlungen, die zwischen der bayerischen Regierung und den Führern der Koalitionsparteien vor der Abreise der Delegation nach Berlin in München gepflogen wurden, Dinge hellmaen, die sich den Anschein amtlicher Kenntnis der Verhältnisse geben. U. a. wird davon gefrochen, daß zwischen den Führer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held, und dem Ministerpräsidenten Kahr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die schwebenden politischen Fragen bestanden hätten und daß es bei seinen persönlichen Einflüssen des Abgeordneten Held bedurft hätte, um einen Ausgleich zu finden, der die bisherige Bedeutung innerhalb Koalition und Kabinett unversehrt bestätigte. Diese Darstellungen, die nur auf Kombinationen beruhen können, entsprechen keineswegs den Tatsachen. Diese Art der Berichterstattung kann nur den einen Zweck haben, die schon an sich äußerst schwierige Situation noch zu verschärfen und eine Zuspitzung des Konflikts zu erzeugen. Es ist dies weiter nichts als ein Teil des großen politischen Unternehmens, das sich die Erschütterung der Regierung Kahr in Bayern zum Ziel gesetzt hat. Die Korrespondenz sagt in ihren Ausführungen weiter, daß zwischen dem Kahr und dem Waeckerdoten Held sich bei der Fühlung Unterredung ereignet ereignet sei, Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten, sondern daß diese in bester Harmonie verlaufen sei. Das Vertrauensverhältnis bestehe zwischen Bayerischer Volkspartei und dem von ihr gestellten Ministerpräsidenten zu allen Zeiten bestand wie auch in den vorangegangenen kritischen Tagen in keinem Augenblick getrübt.

Drohungen der bayerischen U. S. P. D.

I.K. München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung.) Für gestern abend war eine Versammlung der U. S. P. angekündigt. Es sprach der Landtagsabgeordnete Fischer, der zunächst auf die im Landtage von seiten der U. S. P. gestellte Erklärung verwies, daß, wenn noch einer von links erwordet würde, drei von rechts an die Reihe kämen. Bis jetzt haben wir das selbstverständlich nach nicht getan. Fischer erzählte dann von den Plänen, die angeblich die gesamte sozialistische Arbeiterschaft Nordbayerns verfolgt. Er brauche es nicht zu verschweigen, daß man von der Abermacht Nordbayerns doch erzähren werde, Nordbayern werde eine selbständige Republik ausrufen. Die sozialistischen Parteien Nordbayerns seien auf alles gefaßt, was jetzt kommen werde. Der Münchener Stadtrat, Landtagsabgeordneter Dr. Thaer, schilderte allem Anschein nach die Situation, die Ausführungen Fischers etwas abzuschwächen, denn er erklärte, daß sich in den „praktischen humoristischen" Ausführungen Fischers der Ernst der Lage zeige.

Drahtloses Telephon Berlin—Kopenhagen.

Die deutsche drahtlose Telephonie kann einen außerordentlich bedeutsamen Erfolg buchen: Es ist vor kurzem gelungen, einen normalen Wechselsprechverkehr zwischen Berliner Ortstelephonnetz über die Hauptfunkstelle Königswusterhausen mit Kopenhagen auf drahtlosem Wege durchzuführen.

Die Versuche sind von dem Telegraphentechnischen Reichsamt gemeinsam mit der C. Lorenz A.-G. mit einer von dieser Firma errichteten Poulsen-Anlage in Lyngby-Kopenhagen angestellt worden.

Die Anordnung war bei den Versuchen so getroffen, daß der Teilnehmer über das Ortsnetz Berlin mit der drahtlosen Station Königswusterhausen zum Sprechen verbunden wurde, während er gleichzeitig zum Hören auf eine in Berlin befindliche drahtlose Empfangsstation geschaltet war. In Lyngby waren diesesen Verhältnisse gestaltet. Für den unentgeweihten Teilnehmer war während des Gesprächs nicht bemerkbar, ob er auf einer Kabelleitung oder drahtlos gesprochen hatte. Es konnte nur auffallen, daß die Klangfarbe einer und der Empfang lauter war als bei der Verwendung einer Drahtleitung. Der drahtlose Verkehr zwischen Berlin und Kopenhagen spielte sich genau so ab wie auf einer Drahtleitung, wobei der Teilnehmer, wenn er z. B. ein Wort der Gegenstelle nicht verstanden oder fänden hatte, sofort unterbrechen und sich die letzten Worte wiederholen lassen konnte. Die Leutsärke, Reinheit der Sprache und Klangfarbe war ausgezeichnet, sogar zu Zeiten, wo gleichzeitig starke Störer einsetzten, obgleich die für den Versuch in Betracht kommenden drahtlosen Stationen nur mit ganz geringer Energie gearbeitet haben. Jeder einzelne Teilnehmer des Ortsnetzes Berlin hätte von seinem normalen Postapparat aus das drahtlose Gebrach führen können. Dieser Versuch ist der erste eines gegenseitigen drahtlosen Sprechverkehrs zwischen Deutschland und dem Auslande.

Die enorme wirtschaftliche Bedeutung dieses Erfolges liegt darin, daß die drahtlose Telephonie den einen vollen Ersatz für Ueberseekabel auf große Entfernungen bilden wird. Auch im Schiffsverkehr werden diese Erfolge zu ihrer unmittelbaren Kenderung der Stationen für drahtlose Telegraphie auf Schiffen führen. Die Reedereien werden durch die fortschreitende Technik der drahtlosen Telephonie Fortschritte erfahren, wodurch auf ihren großen Postdampfschiffen drahtlose Telephonstationen einzubauen, damit die Reisenden auch auf hoher See sich drahtlos mit ihrem Geschäft über ihrer Wohnung verbinden lassen können.

Bevorstehendes englisch-italienisches Abkommen.

Rp. Mailand, 9. September.

Der gewöhnlich gut unterrichtete römische Vertreter des „Mesto del Carlino" bespricht die Beziehungen der italienischen Außenpolitik zur englischen und stellt fest, daß England jetzt bei dem Abkommen Lloyd George und Nitti sich vom Abkommen Lloyd George und Nitti sich vom Abkommen Lloyd George und Nitti sich vom

werden für die September-Rente jetzt 50 und 100 Milliarden Papiermark gebraucht. Wie sollen diese Summen jemals aufgebracht werden? Wie sieht hier eine unlösbaren Aufgabe, die wider den normalen noch mit den verzweifelten Mitteln einer Finanzpolitik, welch keine gerade jetzt von Finanzdaktiker Seite aus das angelegentlichste empfohlen werden, zu lösen ist.

-g.

★

Paris, 9. September. (T. U.) Das weitere Sinken des Markkurses wirkt hier sehr beunruhigend. Die österreichische Krone ist schon so weit gesunken, daß Österreich keine Entschädigung mehr zahlen kann, sondern internationaler Unterstützung bedarf, obwohl bekanntlich, daß Deutschland in Kürze ebenfalls kommen wird. Borne wird vielleicht Zauner vorschlagen, das deutsche Gewerbe zu verdoppeln; in Paris fräuht man sich hierzegen und sieht in der Besetzung des Ruhrreviers das einzige Mittel, Deutschland zu zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Daß man sich in Paris gegen jede Deutschland auch nur schonende erleichternde Regelung der Kriegsfrage Ränken wirft, beharrt gar Nichtbeachtung, hat doch Frankreichs Politik nur ein Ziel: Die Besetzung des Ruhrgebiets.

Kriegsbeschuldigtenprozesse in Rauch.

Paris, 9. September. (W. T. B.) Wie der „Excelsior" meldet, haben gestern der Justizminister und der Kriegsminister die notwendigen Anordnungen getroffen, daß die Fälle der Hauptbeschuldigten aus der Gegend von Rouvenz, der Generale von Oven, von Wantelen und Rick, sofort von dem Kriegsgericht von Rauch verhandelt werden. Die Generale werden aufgefordert werden, sich diesem Gericht zu stellen. Wenn sie der Einladung nicht Folge leisten, wird über sie in Abwesenheit geurteilt werden.

Die Hetze kommunistischer Zeitungen.

Die Gründe für das Verbot.

Vom Reichsministerium des Innern sind verbreitet worden:

Unter dem 3. September 1921 die kommunistische Zeitung „Kommunist" in Frankfurt a. M. für die Zeit vom 5. bis einschließlich 18. September 1921. In dem Verbotsbrief der Nr. 209 dieser Zeitung hieß es u. a.:

„So sehr wir gerade in dieser Stunde höchster Gefahr unsere Führerrolle aus unserem Kampfe auszuschalten trachten, müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Machenschaften Hortings, Cheric einer Schwerkraft sind. In einem Augenblick, wo die übermächtige Gewalt der Konterrevolution das Proletariat bedroht, machen Ebert und Hörsing ein gemeinsames Pakum mit den aufgeregten Wittelsbachern." Was weiter. Aber es wäre ärztlich, an das Rechtsgefühl der Regierung zu appellieren, der Rate doch einem anderen nicht die Augen auf.

Diese ernsten Beschuldigungen des Reichspräsidenten der Reichsregierung und des Ministerpräsidenten Hörsing sind aber das zulässige Maß der Kritik hinaus und gefährden durch ihre Veröffentlichung den Ansehen des Reiches und Preußens bei unseren Feinden des Staates.

Unter dem 8. September 1921 die „Kommunistische Arbeiterzeitung" in Berlin für die Zeit vom 9. bis einschließlich 22. September 1921 wegen einer in ihrer Nr. 268 abgedruckten Anleitung der Jugendorganisation, in dem es u. a. heißt:

„Junge Proletarier! Wir rufen Euch auf, begeistert zu Sammelungen. Es gilt, das Lehrgebäude unserer Bürgerkrieg", und weiter: „Bewußtsein aller Gewerkschaften, Jugendkollegen und parlamentarische Parteien", und weiter: „Wir sind Kommunisten, schließt: Handelt wie Max Hölz! In diesem Sinne auf zum Kampf!"

Dieser Artikel enthält zum mindesten eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze.

Wenn der Polizeiverwaltung in Halle a. d. S. ist bekannt die kommunistische Zeitung in Halle „Die Tribüne" für die Zeit vom 4. bis einschließlich 17. September 1921 wegen der in Nr. 95 dieses Blattes erschienenen Artikel: „Die Konterrevolution auf dem Sprunge" und „Von Lüttschnit bis Grüneberg".

Der erstgenannte Artikel enthält unwahre Angaben über Zusammenziehung von Truppen der Reichswehr mit dem bevorstehenden Zweck, die Republik von Rechts zu stützen, und fordert zum Kampf auf. Der zweite spricht von Erhängungen der Regierung und ihrer Organe. Der Oberpräsident Rechte wird als „Arbeiterschlächter" bezeichnet. Durch diese Veröffentlichungen werden die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staats in einer den inneren Frieden des Reichs gefährdenden Weise verächtlich gemacht.

Der Polizeipräsident in Königsberg in Preußen „Die Rote Fahne des Ostens" in Königsberg für die Zeit vom 5. bis einschließlich 8. September 1921 verboten wegen in Nr. 70 vom 4. September 1921 enthaltenen bewußt falschen Ausführungen über das Verhalten und die Rede der Reichsregierung, insbesondere wegen des Artikels „Wirth und Kahr werden einig". In Absatz 4 in dem Mitgliederrat der Reichsregierung vorgeworfen wird, daß die Arbeiterklassen Gefahrdrohungen wollten, um später um so erfolgreicher in einer Front mit den offenen Konterrevolution den Kampf mit der Arbeiterschaft zu führen und ihre Abwehrversuche gegen den Steuerraubzug und weitere Verschlechterungsmaßnahmen", liegt eine schwere Verächtlichmachung von höchsten Organen des Reichs.

Die Verwaltungskosten der Tabaksteuer.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Durch die Tageszeitungen ist in den letzten Tagen eine Notiz folgenden Wortlauts veröffentlicht worden:

Nach einer Mitteilung der Allgemeinen Tabakzeitung" werden die Gymnahmen der Tabaksteuer zu 75 % von den Verwaltungskosten aufgezehrt. Auf einer Erwiderung des Reichsfinanzministers ist ersichtlich, daß tatsächlich ein Satz von 9 % in Frage kommt.

Diese Notiz beruht anscheinend auf der in Nr. 25 der „Allgemeinen Tabakzeitung" vom 14. Mai 1921 im Leitartikel „Rein" gemachten Behauptung:

„... und man irrt es es einsehen, daß die Kosten der Tabaksteuer eine unglaublich hohe, man darf wohlen konnte, weil das Aufkommen beträchtlich hoch ist, nämlich bei 60 % und mehr — durch die Kosten absorbiert wird."

Diese Angabe ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Auf eine annähernd richtige Zahl wird man bei folgender Berechnung gelangen.

Im Rechnungsjahr 1920 betrugen die Gesamteinnahmen an indirekten Steuern, Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben rund 47 650 000 000 Mark. Davon entfielen nach einer Gesamtbetrag von rund 1 280 000 000 Mark an persönlichen und sächlichen Ausgaben einschließlich der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben bei den Landesfinanzämtern und deren nachgeordneten Behörden gegenüber. Hiernach beziehen sich die Verwaltungskosten für alle Reichssteuern zusammen im Durchschnitt auf 2,69 von hundert.

Für die einzelnen Abgabenzweige läßt sich ein Wesensfaß der Verwaltungskosten allerdings nicht genau errechnen, da sich die einzelnen Ausgaben fast ausnahmslos auf mehrere Steuerzweige verteilen. Bei der Tabaksteuer stehen indes die Unkosten für die Herstellung der Steuerzeichen genau fest. Diese haben im Rechnungsjahr 1920 rund 31 Millionen Mark betragen. Das ergibt bei einer Gesamteinnahme von rund 1 114 000 000 Mark einen Verhältnis von 1,62 v. H. Rechnet man hierzu noch die übrigen Ausgaben persönlicher und sächlicher Art, die im Verhältnis zu dem durchschnittlichen Prozentsatz sämtlicher Verwaltungskosten (2,69 v. H.) weniger als 2,69 % zu sächsen sind, da ein Teil der sächlichen Kosten, nämlich die bei der Tabaksteuer ins Gewicht fallenden Versicherungsgebühren der Steuerzeichen für sich mit 1,62 v. H. berechnet sind, so ergibt sich, daß die gesamten Verwaltungskosten der Tabaksteuer sich nach dem Ergebnis des Jahres 1920 insgesamt auf 3½ % der Einnahme belaufen. Damit dürfte die Grundlosigkeit der Behauptung in der Presse erwiesen sein.

Zur Einfuhr kondensierter Milch.

Am 15. September tritt die von und seinerzeit mitgeteilte Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 16. Juli 1921 in Kraft, nach der die Einfuhr von Milch in luftdicht verschlossenen Behältnissen von unkeimter (sterilisierter) und von pasteurisierter Milch, von eingedickter Milch (Voll- oder Halbmilch) und von eingetrockneter Milch (in Blöcken und Pulverform) freigegeben wurde. Die Einfuhr solcher Milch ist jetzt nicht mehr erlaubt. Hierüber, insbesondere auch für die als neuangemeldete Exporteure bezeichnete Firmen in Flechten bei Zoden, ist noch wie vor der Verordnung der Reichsstelle für Speisefette zur Einfuhr erforderlich.

Die Lohnbewegung.

Breslau, 8. September. (W. T. B.) Wie aus Breslauer Speditionsgewerbe, Schwerer und Leichtfuhrgewerbe beschäftigten Kutscher und Arbeiter beschlossen, am Freitag morgen in den Ausstand zu treten.

München, 9. September. Während die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Landesschlichtungsamts für das südbayerische Bangewerbe angenommen haben, hat eine gestern nachmittag stattgefundene Versammlung der Bauarbeiter mit großer Mehrheit den Schiedsspruch abgelehnt. Damit ist der Frieden im südbayerischen Baugewerbe gefährdet.

Mainz, 9. September. (Eigene Drahtmeldung) Der Streik der Transport- und Speditionsarbeiter, der drei Wochen lang den Betrieb in den Häfen von Mainz, Mainz-Castel und Gustavsburg lähmgelegt hatte, ist nunmehr beendigt worden.

TU. **Leipzig**, 9. September. In einer am Donnerstag nachmittag abgehaltenen Versammlung der Transportarbeiter in Leipzig wurde das mit dem Sächsischen Arbeitgeberverband geschlossene Tarifabkommen als ungültig erklärt. Infolge dieses Beschlusses wird in Leipzig der Streik fortgesetzt.

Tagung der Post- und Telegraphenbeamten.

In Gegenwart von Vertretern des Reichstages, des Reichspostministeriums, der Oberpostdirektion Berlin, sowie einer Reihe von anderen Behörden und Organisationen fand gestern der Reichsverbandstag der Deutschen Post- und Telegraphenbeamten am Donnerstag, den 8. September, seine Beratungen fort. Von Herrn Reichsabgeordneter Lenz sowie von dem Direktorium des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Remmers, wurden Darstellungen über die Verhandlungen bezüglich der letzten Erhöhung der Tarifen und Gebühren gegeben und der Nachweis geführt, daß sich nach Lage der Verhältnisse und im Hinblick auf die Haltung der Regierung ein anderes Resultat, als das vorliegende, nicht erreichen ließ. Von den Vertretern der Beamten des sächsischen Landes wurde dagegen hingewiesen, daß die Spannung zwischen den Einkommen der sächsischen und der ländlichen Beamten eine ungerechtfertigte Schädigung der Landbevölkerung bedeute, die auf die Fehler des deutschen Ortszuschlagsystems zurückzuführen sei. Es wurde weiterhin die Lage der im Diensterverhältnis stehenden Beamten erörtert. Ferner wurden die Verhältnisse der Ruhestandsbeamten und der Beamten-Hinterbliebenen beleuchtet und die Forderung vertreten, daß sich auch hier die Gesetzgebung den veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen habe.

Die kommunistische Parteibewegung.

Da auch dem bewährtesten Parteitag der K. A. P. D. die Entscheidung darüber fallen wird, ob diese sich von der Moskauer Internationale lösigen oder der V. A. P. D. anschließen wird, ermahnt die „Exekutive der Kommunistischen Internationale in einem „Offenen Brief", der in der „Rote Fahne" veröffentlicht, noch einmal die K. A. P. D., von ihrem „Kampf gegen Zentralismus und Diktatur der Führerschaft abzulassen", da nur in diesen beiden jene revolutionäre Kraft des Proletariats gewährleistet sei, die nötig wäre, um den kommenden entscheidenden Kämpfen gewachsen zu sein. Der Brief weist dann weiter auf die geringe Mitgliederzahl der K. A. P. D. und ihre geringe Gewerkschaftsstärke hin und schließt „Am Namen der Weltrevolution, im Namen des proletarischen Elends fordern wir Eure Entscheidung und den Anschluß an die V. A. P. D."

Auch dieser Brief dürfte die K. A. P. D. kaum davon abhalten, sich endgültig von Moskauer Schleppenträgern zu lösen.

Die „Vereinigte" K. P. D.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, ist die kommunistische Abgeordnete Frau Wachtel aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten und bleibt vorläufig als „Wilde" im Reichstag. Den gleichen Schritt hat bereits vor einiger Zeit der kommunistische Abgeordnete Teuber unternommen, so daß es jetzt drei kommunistische Richtungen allein im Reichstage gibt, von denen die eine Richtung im Körpern die wie aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten bestehen, die zweite Zimpel und Reik, die größte wird von den beiden kommunistischen „Wilden" gebildet, und in der dritten Richtung befinden die übrigen Kommunisten, in denen noch der Abgeordnete Hergsell (Mecklenburg) gehört, der von seinem Wahlkreis vor wenigen Wochen die Mitgliedschaft zur Reichstagsfraktion entzogen wurde.

Conrad von Höyendorf.

Feldmarschall Conrad von Höhendorf schreibt in einem uns zugegangenen zur Verfügung gestellten Artikel: „Zeitungen brachten die Nachricht, daß ich mich in einer Notlage befände, und es sind mir daraufhin Beweise bezüglich Mitteilnahme insbesondere von ehemaligen Kameraden, aus Anlaß meines 70. Geburtstages zugegangen. Ich bin mir bewußt, daß ich in Ausgangsstellung, wie sie heute vorliegt, die Kräfte auf einen kleinen deutschen Boden verlegen. Auf Grund der Zeitungsnachrichten über die Notlage, in der sich der Feldmarschall befinde, sind Spenden von Offizieren mit Geldbeträgen von 10 ℳ aufwärts, anonym und gezeichnet, bei ihm eingegangen. Der Feldmarschall aber steht auf dem Standpunkt, daß er, obwohl es Jahrzehnte gibt, die mit 4- bis 6000 Kronen monatlich leben „sollen", kein Recht habe, sich zu beklagen.

Die deutschen Journalisten in Wien.

Wien, 8. September. (W. T. B.) Heute nachmittag fand eine Zusammenkunft der reichsdeutschen Journalisten im Bund der Reichsdeutschen statt, in der Dr. Gustav Stolper über österreichische Volkswirtschaft sprach. Der Vorsitzende der Vereinigung der Berichterstatter der reichsdeutschen Presse in Wien Dr. Unger betonte die Notwendigkeit eines stärkeren Interesses der reichsdeutschen Presse für Österreich. Abends empfing Bundeskanzler Schober die reichsdeutschen Gäste mit dem bekannten Gesellschaftsabend Gesandtschaftsrat von Scharfenberg in den Räumen des Bundesministeriums für Auswärtiges. Von der Regierung hatten sich zu diesem Empfang auch Bundeskanzler Dr. Breisky und Handelsminister Angerer, der Präsident des Nationalrats Dr. Weißkirchner, Bürgermeister Emmerling sowie Vertreter der Industrie und des Handels eingefunden.

Höchstmietpreise und Zwangswirtschaft.

Beschlüsse der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission hat nach eingehender Beratung über die Regelung der Wohnungsfrage folgendes Beschlußt gefaßt:

Die Sozialisierungskommission ist sich einig, daß der dringende Zustand — unzulängliche Wohnungsbau der Mieter, unzulängliche Kapitalzufuhr für Wiederaufbauzwecken, die im Budget nicht gedeckt sind — gleich unbefriedigend für die Hausgebäudeeigentümer, die Hypothekengläubiger und die Steuerzahler ist. Sie hält eine Globalzinsen Rendenung für erforderlich.

Soweit es sich um die Neuvermietung bestehender Wohnungen und Gewerberäume handelt, erfordert ein Zeit der Kommission (Wolfrum, Wissell, Feist, Kaim, Krämer, Lindemann, Kuppe, Prensel, Hartmann, Steger, Weber, Vogelstein) als endgültige, eine gesamte Umwälzung des Wohnungsbaues allein ermöglichende Lösung die Wiederherstellung des freien Marktes durch schrittweise Aufhebung der Höchstmietpreise und der Zwangswirtschaft; er wird aber die bei freier Preisbildung eintretende Steigerung der Grundrente der Allgemeinheit zuführen. Es wird daher die Aufgabe der Kommission (Hilferding, Wissell, Kautsky, Lederer, Werner, Ballod, Kuczynski, Kaufmann, Umbreit) stimmt der Lösung im Prinzip zu, jedoch aber die endgültige Lösung in einer Sozialisierung durch Ueberführung aller ganz oder teilweise zu Wohnungen Gewerberäumen bestimmten Gebäude in das Eigentum des Reichs oder der Gemeinde (eventuell unter Herauziehung von Wiedergutmachungsmitteln, Krämer, Lindemann, Vogelstein wollen 25 Prozent dieser Steigerung der Grundrente dem Eigentümer zum Ausgleich der Geldentwertung zuführen. Beide Gruppen gelten eine abstufbare Aufhebung der Höchstmietpreise und damit der Zwangswirtschaft für gewerblich genutzte Räume für gleichzeitig für Wohnungen aber, lehnen wegen der dadurch eintretenden unerträglichen Erschütterungen des Wirtschaftslebens, für unmöglich.

Die Anhänger der Gemeinwirtschaft halten vorbereitende Maßregeln für erforderlich, um die Sozialisierung in Fluß zu bringen und die sofortige Aufnahme der Bautätigkeit möglich zu machen; sie behalten sich endgültige Verfügung vor.

Die Kommission ist sich daher einig darin, daß für die unmittelbare Zukunft nur ein Provisorium empfohlen werden kann; sie hält dies aber für notwendig, da andernfalls ein Zusammenbruch der Hausgewirtschaft drohen würde, und schlägt daher vor, folgendes zum Gesetz zu erheben:

1. Für alle (auch die von Eigentümer) zu Wohn- und Geschäftszwecken benutzten oder benutzbaren Wohnungen oder Gewerberäume wird eine Grundmiete festgesetzt, die der Eigentümer ungefähr erhält. Die Grundmiete wird so bemessen, daß zur normalen Miete vom 1. Juli 1914 ein Zuschlag gemacht wird, der die notwendigen Wiederaufbauten für die allgemeine Erhöhung der Hypothekenzinsfuße, für die Nebenkosten (Steuern, Gebühren oder Art usw.), für laufende Unterhaltung und für einen Teil der großen Reparaturen deckt und eine angemessene Vergütung für die Arbeitsleistung der Hausgärtner erhält.

2. Die Kommission geht davon aus, daß die für den Neubau erforderlichen Gesamtkosten nicht jetzt, sondern in einer langeren Reihe von Jahren zu tilgenden Summe, sondern, wenn irgend möglich, durch Kapitalzufuhr aufgebracht werden sollen. Es muß man einen jährlichen Bedarf von 5 Milliarden Mark zu Grunde, so wurde eine Erhöhung der Grundmiete um 100 % der Friedensmiete notwendig sein. Die Kommission hält es für richtig, daß dabei die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände Gebäuder unter Vermeidung sozialer Kämpfe erfolgt wird.

3. Der Höchstmietpreis für Wohnungen wird gemäß 1 und 2 festgesetzt. Die Miete der gewerblich benutzten Räume ist alsdann der freien Vereinbarung überlassen.

4. Die zu 2 vorgesehene Erhöhung der Miete über die Grundmiete hinaus soll der Gemeinde mit der Maßgabe zugunsten Gemeinde zu Gute zufließen; von einer weiteren Mietserhöhung für gewerblich genutzte Räume erhält die Gemeinde 90 % als Steuer.

5. Die Mitglieder (Dr. Hilferding, Wissell, Kautsky, Lederer, Ballod) empfehlen das Ansuchen der Gemeinde an erster Stelle einzutreten. Für nicht ganz oder teilweise gewerblich benutzte Gebäude ist der Zuschuß ausnahmsweise der Gemeinde an erster Stelle einzutreten. Für nicht ganz oder teilweise gewerblich benutzte Gebäude ist der Zuschuß der Gemeinde an erster Stelle einzutreten. Für nicht ganz oder teilweise gewerblich benutzte Gebäude soll eine 4 % ige Grundzinsen in entwerfender Höhe zugunsten der Gemeinde an erster Stelle eingetragen werden.

Die Mitglieder (Wissell, Krämer, Lindemann, Kuppe, Prensel, Steger, Weber, Vogelstein) empfehlen, den die Grundmiete übersteigenden Mietbetrag nicht mehr als 100 % der Friedensmiete zu erhöhen. Die Festsetzung die Grundmiete um mehr als 100 % der Friedensmiete übersteigt, verbleiben dem Eigentümer (Kaufmann, Umbreit.*)

Die Verwendung vorhandener Wohnungen zur Schaffung von Gewerberäumen ist nur bei einem gleichzeitigen Ersatz durch Neubau von Wohnungen gestattet. Bei Gewerberäumen, die der Eigentümer selbst benutzt, oder unter dem

*) Die Herren Prensel, Kaim, Krämer, Vogelstein halten unabhängig von den Eigentümern verbleibenden Anteiles an der Mietsteigerung von 10 auf 25 zu Ausgleich für die Geldentwertung für notwendig.

statistische Erhebung, und es ist schwer angemessene Mietwert festzusetzt.

Die Zinsen der Grundschuld und der Ertrag der Steuer sind zu verteilen dann zur Deckung eines Anteiles der Kosten für Instandhaltung von Gebäuden (große Reparaturen) sowie zum Ausgleich von Zinsen und zu Mietsbeihilfen für finderreiche oder sonst notleidende Familien zu verwenden. Soweit Beträge für diese Zwecke nicht verwendet werden, können sie von Reich und Reiche zu erlassenden Bestimmungen anderen Aufgaben dienstbar gemacht werden.

Die Höhe der Zinsen der Grundschuld und des Ertrags der Steuer können die Gemeinden nötigenfalls verzichten; je ein Viertel haben sie an eine Landesausgleichstelle und an eine Reichsausgleichstelle abzuführen. Den Ertrag der Steuer aus Gewerberäumen erhalten die Gemeinden ganz.

Die Kommission hält über die in dem Provisorium vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus eine grundsätzliche Regelung des Bau- und Wohnungswesens für notwendig. Sie wird deshalb die unterbreiteten Vorschlägen über die verschiedenen Möglichkeiten der Gemeinwirtschaft in Wälde weiter aufnehmen.

Die Kartoffelpreise.

Wolffs Bureau verbreitet folgende anscheinend amtliche Aeußerung zu der Gestaltung der Kartoffelpreise:

In der Presse und im Publikum sind vielfach Befürchtungen laut geworden, daß die diesjährigen Kartoffelpreise von Interessenten übermäßig in die Höhe getrieben werden. Diese Befürchtungen dürften unbegründet sein. Die Kartoffelpreise sind in den letzten Jahren ziemlich gesunken und haben sich in den meisten Erzeugergebieten zurzeit auf 60 bis 65 ℳ. Auch die Erntenachrichten gehen in keinem Bezirk Befürchtungen, daß Kartoffeln wenn auch in einzelnen Gegenden infolge der anhaltenden Trockenheit nur mit einer geringen Ernte gerechnet werden kann, in keinem aus anderen, für die Kartoffelproduktion besonders wichtigen Gebieten die Nachrichten durchaus günstig. In Ingersleben der Kartoffelpreis selbst muß daher dringend empfohlen werden, vom Kauf zu übereilendem Preisen Abstand zu nehmen. Zweckmäßiger wird es sein, in einem nach zu bestimmenden Umfang den Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe, die im Interesse der Ernährung auf die Herstellung von Schnapsen angewiesen sind, gestattet werden. Ein Aufkauf von Kartoffeln zur Verarbeitung in Brennereien wird in diesem Jahre in gleicher Weise wie im Vorjahre verboten werden. Die Aufkäufer von Kartoffeln ins Zollausland ist auch fernerhin untersagt. Die Strafbehörden sind angewiesen, die unerlaubte Ausfuhr auch nachträglich zu bekämpfen.

Die Befürchtung, daß in diesem Jahre die Kartoffelpreise noch höher in die Höhe gehen werden, ist gewiß nicht unbegründet, und die Tatsache, daß die Kartoffelpreise übermäßig in die Höhe getrieben worden sind, wird durch diese Erklärung nicht aus der Welt geschafft. Von besonderer Wichtigkeit ist die Mahnung, von Käufen zu übertriebenen Preisen Abstand zu nehmen, wobei gesagt werden muß, daß in diesem Sinne übertriebene Preise häufiger geboten als gefordert werden.

Deutsches Reich.

Unruhen in Braunschweig.

Braunschweig, 8. September. (W. T. B.) Zu Ausschreitungen kam es, wie die „Braunschweiger Volkszeitung" berichtet, am Donnerstag abend an verschiedenen Stellen der Stadt aus Anlaß einer von Stahlhelm einberufenen Versammlung. Kommunisten versuchten die Elementen unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten Bartram und Bestehorn, die Versammlung durchzusprengen. Dann zogen sie zum Versammlungslokal. Dort wurden zunächst die von ihnen gesammelten Erzeugnisse, Bartram und Bestehorn, sich auch Stahlhelmleute durchsuchte die Räume

Reichshauptstadt.

Telephonische Auftragsstellen.

Wer wäre nicht schon nervös in seinem Büro geworden, abgegangen, weil er eine wichtige telephonische Mitteilung erwartete, die nicht kommen und kommen will, obwohl er selbst bringend fort muß. Dienstmädchen oder irgendein anderer Gehilfe ist nicht vorhanden, oder wenn schon, dann erfahrungsgemäß unbeholfen oder unzuverlässig. Ein anderer Fall: Ich habe einem Bekannten eine wichtige Mitteilung zu machen. Sehr oft vergesse, erstaunt die Antwort: „Der Leitnehmer antwortet nicht" oder „Die Leitung ist besetzt". Ich muß aber fort, dringend zum Bahnhof, oder in eine wichtige Sitzung. Vielleicht den Zigarrenhändler an der Ecke bitten, daß er meine Mitteilung weitergibt? Wenn ich ein guter Kunde bin, tut er's vielleicht. In der Regel nicht. Außerdem ist nicht jede Mitteilung für unverantwortliche und vielleicht nicht schweigsame Dritte bestimmt. Oder: Ein Kranker wünschte seinen behandelnden Arzt. Nicht jeder wichtige junge Doktor kann sich heute eine Empfangsdame leisten. Man ruft an: keine Antwort. Wahrscheinlich ist der Herr unterwegs bei Krankenbesuchen.

Wohl alles Fälle aus dem täglichen Leben und keine seltenen Fälle. Gibt es da keine durchgreifende Hilfe? O doch! Dr. R. Fischer macht einen erschütternden Vorschlag in der „Elektrotechnischen Zeitschrift". Er ist Beamter des Telegraphen-technischen Reichsamtes, man wird ihm also nicht vorwerfen können, daß er Vorschläge macht, die technisch unausführbar sind. Das sind sie auch nicht. Aber trotzdem wird es einigen energischen Anläufen durch die Presse und die berufenen Vertreter des Handels und Gewerbes bedürfen, um seinen einfachen Vorschlag Eingang in die Praxis zu verschaffen. Auf jedem Fernsprechamt soll eine „Auftragsstelle" errichtet werden. Jeder soll sie nun, Wünsche ich regelmäßig ihre Dienste für den Fall meiner Abwesenheit, zu abonnieren ich muß auf sie. Wie ich fortgehe, ruft ich sie an. Sie schaltet sich dann in meine Leitung, und wenn ich angerufen werde, meldet sie sich und nimmt die Mitteilung für mich entgegen, stenographiert sie und gibt sie mir weiter, sobald ich danach frage, was ich von jedem beliebigen Apparat aus, auch von auswärts aus, tun kann, wenn ich ein bezahltes Stichwort angebe. (Damit nicht Unbefugte erfahren, was für mich bestimmt ist.) Oder: Irgendein Teilnehmer ruft mich an, ich antworte nicht, weil ich nicht da bin. Er verlangt die „Auftragsstelle" und sagt ihr: „Mitteilung für Kaufmann Müller, Nollendorf 2600: Direktor Schulze aus Gelsenkirchen ist soeben eingetroffen und wünscht Herrn Müller möglichst noch heute abend zu sprechen. Er wird sich von 8 bis 9.30 im Wartesaal 2. Klasse Anhalter Bahnhof aufhalten, um 9.30 fährt er nach Stuttgart." Nun ist die Auftragsstelle gewiß und sie bietet vielleicht einer halben Stunde den gewünschten Teilnehmer an, bis sie ihn bekommt. Wenn nicht, ist natürlich nicht zu helfen.

Ich selbe schon einige Verwaltungsbeamte die Köpfe, Verzeihung, die Köpfe schütteln. Wer trägt die Verantwortung für die richtige Uebermittlung? Können wir uns leisten, keine Schadenersatzforderungen erwachsen? Ja, wer trägt denn heute die Verantwortung für die richtige Besörderung der Briefe? Kommt es nicht vor, daß Herr Kaufmann E. Schulz Briefsein erhält, die für den Kaufmann B. Schulz im Nebenhaus bestimmt sind, trotz richtiger Adresse? Verantwortungsfreudigkeit ist nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden die Vorbedingung für jedes fortschrittliche Handeln. Und im übrigen: Die Sache könnte für die Post eine recht, recht gute Nebeneinnahme werden, besser wie so manches andere, was sie heute probiert, denn selbstverständlich muß für die Inanspruchnahme der Auftragsstelle eine Gebühr erhoben werden, und die, denen daran liegt, werden sie gern bezahlen, denn immer noch ist Zeit Geld.

Loki.

Der Schiedsspruch für die städtischen Arbeiter. Am Montag wurde die Tätigkeit der Funktionäre der städtischen Betriebe zu dem gestern erfolgten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom Magistrat Berlin Stellung nehmen. Einigen anderen Meldungen, die bereits den Streikaktionen in städtischen Betrieben drohen, erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß sehr wahrscheinlich mit der Annahme des Spruches, dessen Annahme vom Lohnkartell empfohlen wird, zu rechnen ist.

Die verspätete Frühpost.

Von der Berliner Geschäftswelt wird seit einiger Zeit darüber Klage geführt, daß mit der ersten Berliner Post nicht einmal Briefe bestellt werden, die am Nachmittag des Vortages in Hamburg, Hannover, Breslau und Leipzig aufgegeben worden sind. Auf diese Klagen hat die Oberpostdirektion Berlin einer Berliner Firma folgenden Bescheid erteilt:

„Es ist eine Beteiligung der Briefsendungen, die in Hamburg, Hannover, Breslau und Leipzig in den Nachmittagsstunden aufgeliefert werden, ist darauf zurückzuführen, daß die Briefsendungen nicht mehr wie früher in besonderen Kartenschlüssen den Bestellzustellern unmittelbar zugeführt werden, sondern zunächst beim Briefzusammen umgearbeitet werden müssen. Infolge der geringen Zahl der Züge sind die Bahnpostwagen jetzt derart mit Post überfüllt, daß der für eine besondere Bearbeitung der Berliner Stadtpost unterwegs nötige Raum nicht frei gemacht werden kann. Auf die Einstellung eines zweiten Postwagens in die Züge läßt sich aber die Eisenbahnverwaltung nicht ein, da die Züge bereits vollständig „ausgelastet" sind. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse müssen die Briefsendungen, wenn sie noch in die erste Briefbestellung in Berlin gelangen sollen, mit folgenden Zügen eingehen: aus Hamburg mit D 7 (ab Hamburg 3.35, an Berlin 8.54 Uhr abends); aus Hannover mit D 13 (ab Hannover 5.27, an Berlin Bahnhof Friedrichstr. 10 Uhr abends); aus Breslau mit D 58 (ab Breslau 3.50, an Berlin Schlesischer Bahnhof 9.52 Uhr abends); aus Leipzig mit D 407/D 93 (ab Leipzig 7.5 abends, an Berlin 10.56 Uhr abends)."

Um die städtischen Schuldezernenten. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern in nicht öffentlicher Sitzung auf Grund einer dringlichen Magistratsvorlage mit der Wahl der drei Dezernenten für die städtischen Schulen. Der Magistrat hat, wie bekannt, für die Gemeindeschulen den Bezirksstadtrat Nydahl aus Köln, für die höheren Schulen den Magistratsschulrat Professor Dr. Helmke aus Wilmersdorf und für die Fach- und Fortbildungsschulen die Studienrätin Fräulein Dr. Anna Siemsen aus Hoffschenk gewählt und die Stadtverordneten gemäß § 56 der Städteordnung um ihre Stellung hierzu ersucht. Formell entspricht dies Verfahren übrigens nicht der Städteordnung; denn nach dem Wortlaut des § 56 Abs. 6 hat der Magistrat erst die Stadtverordnetenversammlung zu hören und dann die Wahl zu treffen. Es kam, wie wir hören, zu einer einstündigen sehr lebhaften Aussprache, in der es sich hauptsächlich um die Persönlichkeit von Frl. Dr. Anna Siemsen handelte. Der Antrag, die Vorlage an den Magistrat zu erneuter Prüfung zurückzuverweisen, wurde abgelehnt, und mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit beschlossen, von der Vorlage des Magistrats Kenntnis zu nehmen.

Steuerfreie Schulfportkassen. Aus Kapitalertragsteuerfrei der Schulsportkassen hat der Reichsminister der Finanzen eine Verordnung erlassen, wonach an städtische Landesfinanzämter erlassen. Diese Kassen halten in großer Zahl die Gleichstellung mit öffentlichen Sparkassen auf Grund der Verordnung von Ueberschüssen zu gemeinnützigen Zwecken vorausgesetzt wird. Bei den Schulsportkassen wird ein Ueberschuß abzuführen erzielt. Es handelt sich die Finanzämter die Sache anders auffassen. Es bestanden zwischen Schulsportkassen unterschieden werden, bei denen die Lehrer die Gelder sammelten Sparsoldar an die kommunalen Sparkassen abführten und Sparkassenbücher anlegten, und zwischen solchen, bei denen die Schulsportkassen selbst Bücher anlegten und das Geld überteilt anlegen. Letzere sind nur Sammelstellen der kommunalen Sparkassen und besitzen kein eigenes Kapital. Eine Besteuerung kommt bei ihnen nicht in Frage. Die letzteren besitzen keinerlei eigene Vermögen, und dem die Zinsen beziehen, woraus sie die Sparkassenzinsen der Kinder decken.

Chrenbürgermeister Boeß erlitten am Donnerstag bei der Wahrt von 50 Berliner Schulkindern mit seiner Gattin auf dem Potsdamer Bahnhof. Heller Jubel erfüllte als er Zug mit den fröhlichen Kindern beiderlei Geschlechts sich nach dem Harz in Bewegung setzte. Die Kinder fahren nach Altenau, dem Stadt. Erholungsheim.

Wer bekommt das Kleingartenland der Eisenbahnverwaltung. Als Kleingartenland hat die Eisenbahnverwaltung während des Krieges bahneigenes Land mehrfach an Privatpersonen verpachtet. Beim Abschluß des Vertrages haben aber neuerdings einzelne örtliche Stellen der Eisenbahnverwaltung die Kündigung des Pachtlandes an den privaten Pächtern verlangt, um es an Eisenbahnbedienstete zu verpachten. Das Land ist auch den Privatpersonen zu diesem Zwecke gekündigt worden. Für den Bereich der Eisenbahnverwaltung soll aber nach Aufstellung des Ministers für Landwirtschaft an erster Stelle der Grundsatz, daß dem Kleingärtner sein Pachtland nicht ohne „triftigen Grund" entzogen werden darf. Das Reichsverkehrsministerium hat neuerdings anerkannt, daß freies Eisenbahngelände in größer Zahl den Eisenbahnbediensteten selbst zur wirtschaftlichen Ausnutzung zugeteilt wird. Nach der Ansicht des Wohlfahrtsministers sollen aber Kleingärtner auf bahneigenem Lande durch Zuweisung von anderem Land entschädigt werden.

Polizeipräsident und Versammlungsfreiheit.

Besprechung mit den Parteivertretern.

Der Polizeipräsident von Berlin hat an die politischen Parteiorganisationen Groß Berlins ein Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet: Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, die gewissermaßen die Wahlbewegung zur Berliner Stadtverordnetenversammlung einzuleiten werden, haben in Berlin Zustände geweckt, die die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit bedrohen. Ich habe bisher davon abgesehen, auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 29. August 1921 besonders einschneidende Maßnahmen zu treffen, die in ihrer Auswirkung schließlich alle Parteien in ihrer tätigkeit hemmen würden. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit zwingen mich jetzt, die angedeuteten Maßnahmen einzeln in Erwägung zu ziehen. Bevor ich endgültige Anordnungen erlasse, halte ich es für geboten, die Vertreter aller Parteien zu einer Aussprache einzuladen. Bei der politischen Reife der Berliner Bevölkerung und bei der bewährten Leitung der bestehenden Parteiorganisationen hoffe ich, daß der Aussprache eine Verständigung, die ein behördliches Einwirken möglichst vermeiden läßt. Die Besprechung, zu welcher ich die Entsendung eines Vertreters erbitte, wird am Montag, den 12. September, nachmittags 5 Uhr, im Polizeipräsidium, am Alexanderplatz, im ersten Stockwerk, Zimmer 158, stattfinden.

Handelsanwalt Bauer verhaftet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist dem Kaufmann Gerhard Bauer, der Generalbevollmächtigte des Köln-Konzerns, der Handelsanwalt Gerhard Bauer, verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden unter dem dringenden Verdacht, an den von Köln begangenen Straftaten beteiligt zu sein. Wie verlautet wird Bauer Beschuldigter in der Sache der Gründung der „Aktiengesellschaft für Sportunternehmungen" die er im Juli angeblich zur Rettung der Gläubigervereinigen vornahm, die Gläubiger benachteiligt zu haben. Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Simons ist sofort gegen diesen Haftbefehl Beschwerde erhoben worden mit der Begründung, daß Bauer jede Benachteiligung der ca. 30 000 Köln-Konzerngläubiger ferngehalten habe und er bei Durchführung seiner Pläne durchaus wie im Klante-Konzern den Gläubigern alle Einlagen gerettet hätte.

Einbrecher-Gartenfest. Das Einbrechen nach einem gelungenen Streiche ihren Raubzug zu feiern" pflegen ist bekannt. In der Regel aber suchen sie dazu die Stadtrandkolonien auf. Anders machte es eine Bande, die dem Kaufmann Makenzie in Richterfelde-West einen nächtlichen Besuch abstatteten. Die Verbrecher drangen durch Morgarten und Kloseettfenster ein und holten für 30 000 M Schokolade, Kaffee, Wäsche, Weine und Liköre, sowie die große Kegelbrieftasche. Ungestört verzehrten sie von dem Geraubten, um dann ungestört ein zu Kegelgelage. Dann begab sie einige Stunden des Hauses zu um, daß sie die Kissen bauern auffüllen und verdeckt konnten. Wahrscheinlich haben sie die Sachen mit einer Kraftdroschke weggeschafft.

Bei der Verlobungsfeier festgenommen wurde der Handelsmann Karl Fröhlich, ein verhafteter Mann, der früher in der Provinz Polizeibeamter war. Fröhlich ließ seine Frau im Stich, kam nach Berlin, wurde hier Hausbesitzer in einer Kantine in der Friedrichstraße und knüpfte vor einem Jahr Beziehungen zu einer Witwe mit zwei Kindern an. Kürzlich erbeutete er von seinem Arbeitgeber zur Einlösung einen Scheck über 75 000 M. Er erhob auch das Geld, lieferte es aber nicht ab, sondern begab sich zunächst in seiner Lieve nach einer Liebesstadt, um sich bei ihr zu kürzen. Dann bahte er seine Braut auf, nachdem er sich einen neuen Anzug, ein silbernes Zigarettenetui, ein goldenes Kettenarmband u. dgl. angeschafft hatte. Da als Kavalier herausgeputzt führte er die Braut zu Gerson und kaufte ihr und den beiden Kindern für 13 000 Mieburgsfiaché. Dann wurde in einem Lokal in der Kaiserin-Straße die Verlobung gefeiert. Dort soll man dem Geld, und Fröhlich hatte gerade einer Blumenverkäuferin den ganzen Korbe abgekauft, um damit zur Feier des Tages den Fußboden zu bestreuen, als die Kriminalpolizei erschien, ihn festnahm und alles beschlagnahmte, was er für sich und seine Braut angeschafft hatte. 43 000 M hatte er in kurzer Zeit bereits durchgebracht, 35 000 konnten ihm noch abgenommen werden.

Ein Schüler als Lebensretter. Der 12jährige Schüler Paul Goebel, Sohn des städtischen Straßenreinigers Franz Goebel in Berlin, Urbanstraße 28 wohnhaft, hat am 26. Juni 1921 den Schüler Kurt Grüning, Urbanstraße 29 wohnhaft, vom Tode des Ertrinkens aus dem Urbanbecken gerettet. Der Polizeipräsident bringt diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Rettungstat mit dem Ausdruck seiner besonderen Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.

Keine Auftauwegebühr. Die Auftauwegebühr beim Eintritt in höhere Lehranstalten wird von den Söhnen und Töchtern periodischer Beamter und Militärpersonen nicht erhoben. Nach einem Bescheide des Ministers für Volksbildung gilt dies auch für die staatlich unterstützten höheren Lehranstalten. Die Durchführung dieser Maßnahme soll sogar nötigenfalls als besondere Bedingung für die Bewilligung eines Staatszuschusses gestellt werden.

Das Zirkusfest im Stadion. Das am Sonntag, 11. September, im Stadion stattfindende Zirkusfest der Fern-Kinder-Hilfe-Ges. wird zugunsten der Wohlfahrtskassen der Deutschen Filmindustrie (E. V. Berlin) und des Roten Kreuzes (Kriegsblinden-Fürsorge) veranstaltet. Für das Fest sind schon große Zirkusnummern, die in vielen Ländern erbeutet worden, genommen worden. Es wirken außerdem 250 Mitglieder des Balletts der Staatsoper sowie der bekannte Ringreiter Heinecke mit, der seinen Kollsthirmabsturz von Pferden aus dem Jahre 1919 in die Arena des Stadions ausführen wird. Das Hohepunkt der Veranstaltung wird ein von Fern Andra ausgeführtes womöglich Wagenrennen auf der Cinderiga bilden.

Der Streik in der Filmindustrie.

Der Streik in den Betrieben der Deutschen Filmindustrie, der am gestrigen Donnerstag morgen eingesetzt hat, ist entsprechend der starken Mehrheit für die Arbeitsniederlegung bei der Urabstimmung am Mittwoch ein ziemlich allgemeiner. Vorläufig von dem kaufmännischen Personal ist der Parole, der er sich unbedingt Folge geleistet worden. Nur ein großer Filmbetrieb, die Max-Gesellschaft in Wickersfeld, ist ausdrücklich von der Arbeitsniederlegung verschont worden, weil diese Firma die Forderungen der Arbeitnehmer schon vor einiger Zeit erfüllt hat. Seitens der Streikenden wird behauptet, daß seit Beginn des Streiks bereits zehn Filmbetriebe sich bereiterklärt hätten, den Lohnforderungen ihrer Arbeiter und Angestellten gerecht zu werden.

Die Arbeitgeber betonen unter Hinweis auf das Verhalten des kaufmännischen Personals, daß sie gegenüber den Versuchen, die Arbeitswilligen an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern, die nötigen Abwehrmaßnahmen ergreifen würden. Gleichgeitig haben die Arbeitgeberverbände der Filmindustrie an die Streikenden ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Wiederaufnahme der Arbeit von der Einleitung neuer Verhandlungen verlangen. Diese Forderung wurde in einer am gestrigen Donnerstag mittag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Streikversammlung einstimmig von den Kaufsthinen abgelehnt. Ueber die Haltung der Angestellten der Lichtbildtheater werden erst im Laufe des heutigen Freitags entscheidende Beschlüsse gefaßt werden.

Kabarett „Spinne" bringt sein zweites Programm. Darin tritt vor allem die „fesse" Lotte Hano mit ihren aufgeskitzten Parodien auf, die man schon oftes von ihr gehört hat: „Jazz-Band" und eine Kalligarinnimmer „Zada" und eine Senta-Sonntags-Imitation, wobei sich die Lotte zwei Streichhölzer zwischen Nasenlocher und Unterlippe steckt. Sie hat es heraus, das Publikum mitzureißen. Nach Auflösung von Schlapinski hat Konnex mit dem Publikum in einer expressionistischen „Jazzit 111. Teil „Parodien" Wenigstens ist das bei andern Nummern der Fall. Alles von Meurisch, die schöne Dame bringt zuerst parisienerische Sachen, Gerd Schröder-Jazz unverwüstlicher Dienerimitator, Ulrich Henrich, „Streichholzmädel" und „Wurstliese", Walter Wenzy und Albert Mann zu erwähnen. Am Flügel Lewy Waldau, der Komponist, mit seinen sehr begabten und anschmiegsamen Begleitungen.

Aus aller Welt.

Zusammenstoß zweier U-Boote.

Bei Nachtübungen der holländischen Flotte in der Nordsee stießen zwei holländische Tauchboote unfeinander. Es wurde nur geringer Materialschaden angerichtet.

Schacktemo Forschrritte der Luft.

Auf seiner neuen Polarreise mit Schacktetem im Auftrage des Britischen Luftministeriums auch meteorologische Untersuchungen durchführen, und zwar die oberen Luftströmungen auf dem ganzen Wege registrieren, den er einschlägt. Das Luftministerium hat ihn mit den modernsten meteorologischen Instrumenten zu diesen Zwecke ausgerüstet, und man hofft, daß die Ergebnisse dieser Forschungen für die zukünftige Entwicklung des Fliegens von Wichtigkeit sein werden.

Der Autographenimrod.

Ein Autographenimrod, der sich dem „König der Autographenjäger" nennt, durchstreift gegenwärtig die Jagdgründe Europas, mit einem dicken Buch bewaffnet, das er an einem Riemen über die Schulter gehängt trägt. Dieser tiefige Wälzer, der wie ein großes Hauptbuch aussieht, ist gleichzeitig die Jagdtasche, in die er seine Beute einfängt. Die Namen von Königen und Fürsten, von Präsidenten und Künstlern, kurz die Namen der führenden Männer von 20 Nationen sind hier verzeichnet. Natürlich stammt der Autographenimrod aus der neuen Welt. Er hat aus dem Autographensammeln seines Lebensberuf gemacht und besitzt bereits 50 000 Unterschriften und Eintragungen bedeutender Persönlichkeiten in seiner Sammlung. Seine Jagdausflüge nach Autographen begann er vor 20 Jahren und hat seitdem, wie er voll Stolz berichtet, 400 000 km zu diesem Zweck zurückgelegt, davon 150 000 km zu Fuß. Die Autographenjagd ist nach seinen Schilderungen mindestens ebenso spannend und abenteuerlich wie die Jagd nach Löwen und Tigern, und er hebt ausgesprochen vor der schwierigen Aufgabe, König Georg von England, Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten für seine Zwecke zu „erlegen". Wenn er die Unterschriften sämtlicher berühmter Männer in Europa in seinem dicken Buch haben wird, dann will er noch Amerika zurückkehren und — eine Weltgeschichte schreiben.

Eine Expedition nach der Heimat des Kalb.

Das Geheimnis, das so lange um die Wanderungen des Kalb gebreitet war, ist zwar in neuester Zeit aufgeklärt worden. Aber keine eigentlichen Lichtbilder sind noch immer nicht entdeckt. Die dänische Regierung hat daher jetzt eine wissenschaftliche Forschungsreise nach dem Atlantischen Ozean ausgerüstet, die die Lichtbilder des Kalb feststellen soll. Die Expedition, für die das Schiff „Dana" ausgerüstet worden ist und die etwa 750 000 Kronen kosten wird, soll zehn Monate dauern und wird von dem bekannten dänischen Forschungsreisenden Dr. Johannes Schmidt geleitet. Sie wird Neufundland besuchen, die Gewässer des Aequators, Westindien, Kap Verde und besondere Aufmerksamkeit dem Sargassomeere zuwenden, in dessen nördlichen Gewässern der Sommer und in dessen südlichen der Winter verbracht werden soll.

Barometer- und Thermometerstand
bei Pettnjerre, Friedrichstr. 68

Am 8. abends	8 Uhr 761 mm	+20	Grad C
Am 9. morgens	8 Uhr 761 mm	+18	Grad C
Am 9. mittags	14 Uhr 760 mm	+25	Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Trocken und größtenteils heiter, in den Tagesstunden warm bei mäßigen südwestlichen Winden.

DAZ

Bestellen Sie die DAZ!

Mit allen 10 Beilagen nur 12 Mark monatlich mit täglich zweimaliger Lieferung frei Haus

Hier abtrennen und an den Verlag der DAZ, Berlin SW. 48 Wilhelmstr. 30-32, einsenden. Für tel. Bestell.: Nollendorf 5980.

Senden Sie mir die DAZ

Mit allen 10 Beilagen monatlich 12 Mark frei Haus

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____

Straße u. Nr.: _____

Wo im Hause: _____

Soeben erschien

das Hand- und Nachschlagebuch über die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung

unter dem Titel:

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz

(einschl. der Versorgung und Fürsorge für die Kriegsopfer)

Die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs seit 9. November 1918

Im Fortführung der Denkschrift des Reichsarbeitsministers Bauer für die Nationalversammlung

Dargestellt von

den Ministerialräten **Gisik, Dr. Kaphahn, Kerschensteiner,** dem Regierungsrat **Kuttig,** den Ministerialräten **Heymann, Ponfick, Dr. Schulz, Dr. Sitzler, Dr. O. Weigert**

Preis 40 Mark — Umfang 468 Seiten

Dieses hochwichtige Werk gibt in systematischer Gliederung eine umfassende Zusammenstellung aller seit November 1918 getroffenen sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung über Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

Sonnenland

Idyllische Lage am Wald u. Wasser.

Kinderheim für Kinder von 2 bis 7 Jahren.
Jugendheim mit 10 kl. Zig. für Mädchen und jüngere Knaben.
Frauenschule mit Kaut. Berechtig. als Vorbereitung des Lyceums. Hauswirtschaft, Gartenbau, Kleinkinderpflege, Säuglings- und Kinderpflege, Volkswirtschaftslehre, Bürgerkunde.
Hauswirtschaftsschule Kurs für 2½ Jahre ohne höh. Schulbildung.

Sorgf. Erziehung und Körperpfl. Ärztlicher Ueberwach. Gute Verpflg. Sport. Turnen. Auf Wunsch Abzug.

Zeitgemäße praktische und theor. Kin.- u. Weiterbildung zur Hausfrau und Staatsbürgerin.

Erwachsene und Kinder werden auch zur Erholung aufgenommen.

Hoffbauer-Stiftung, Potsdam, Hermannswerder 128.

BÜROEINRICHTUNGEN

Diplomatenschreibtische
Aktenschränke
Schreibmaschinentische
Aktenständer

Hans Hofmann, G. m. b. H, Berlin SW48
Verl. Hedemannstr. 5
Abteilung Büromöbel
Fernspr. Hilfsf. 3678

Gelochte Bleche

aller Art

Sieb- und Sortierbleche, Belagbleche, Waffelbleche, Zinkbleche usw.

Mayer & Cie.
Köln-Kalk.

MGK

Schreibmaschinen Kricke

Laden
Friedrichstr. 191 — Leipziger Str. 40 II
liefert
sämtliche Büromaschinen.

Gewerkschaft Schalker Eisenhütte
Gelsenkirchen-Schalke

Tel.-Adr.: Eisenhütte-Gelsenkirchen. Maschinenfabrik u. Eisengiesserei. Fernspr.: Gelsenkirchen Nr. 4 und 411

Die Schalker Eisenhütte baut seit nahezu 50 Jahren als Spezialität **Maschinen für den Bergbau** in anerkannt guter Konstruktion und solider Arbeit, insbesondere:

Förderhaspel für Bergbau-Betrieb und elektrischen Betrieb. * Koksausdrückmaschinen. Elektrisch angetriebene Koksofenbeschickungen. Elektrisch angetriebene Koksofenlöschkarren. Elektrisch angetriebene Koksverladevorrichtungen D. R. P.

Interessengemeinschaft
der
Rheinischen Versicherungs-Gruppe
Köln
Gesamt-Garantiemittel 110 Millionen Mark
Bevollmächtigte:
Robert Gerling & Cie., m. b. H.
Aachen, Barmen, Berlin, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Crefeld, Danzig, Dresden, Frankfurt a. M., Freiburg, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, M.-Gladbach, Münster i. W., Saarbrücken, Stuttgart, Trier, Weimar.

AUTOMOBILE
GROSSE AUSWAHL ERSTER MARKEN
AVTO HAVS RAATZ
BERLIN W 35.
THEODOR RAATZ
AUSSTELLUNG UND VERKAUFS-BURO:
POTSDAMER STR. 112.
FERNSPR. NOLLENDORF 57, 4225 • TELEGR. AUTORAATZ
WERKSTÄTTEN U. HAUPTBURO: ITZEHLITZER STR. 12
ERSTE IN- UND AUSLANDSREFERENZEN

Eisen, Bleche Röhren

Heinr. Aug. Schulte Eisenhandlung A. G. Dortmund

Zweiggeschäfte:
Berlin
Hannover
Hamburg
Leipzig

DAZ

Abonnements- und Anzeigen-Annahmestellen der DAZ.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Nollendorf 5980—88.

W.
Nürnberger Str. 23 (B.3.) Regensburger Str. (B.3.) Tel. Nollendorf 2195.
Tauentzien Str. 27 (B.3.)
Kurfürstendamm, Tauenzienstraße 11 (B.3.) Tel. Nollendorf 7190.
Geisbergstraße Straße (B.3.) Tel. Bremen. 11466.
Kaiserdamm 102 (B.3.) Tel. Westend 474.
Uhlandstraße, Rheinstraße 37 (B.3.)
Brunnenstr. 1, Gesundbrunnen.
Gesundbrunnen, Schönstraße 1 (Gesundbrunnen).
Kaiserallee 1 (B.3.)
Kaiserallee 174 (B.3.)
Kaiserallee, Ecke Uhlandstraße (B.3.)
Kaiserallee 7 (B.3.) Tel. Gundbrunnen 4464.
Kaiserallee 186 (B.3.)
Kaiserallee 186 (B.3.)
Kaiserallee 186 (B.3.)

Krise im deutschen Braunkohlenbergbau?*)

In den letzten Jahren vor dem Kriege nahm die deutsche Kohlenförderung ständig zu. Von 155 Mill. To. im Jahre 1901 konnte die Förderung auf 227 Mill. To. im Jahre 1913 gesteigert werden. Besonders war es die Steinkohlenproduktion, die mehr und mehr in den Vordergrund trat, ihr Anteil an der Gesamtproduktion betrug im Jahre 1913 190 Mill. To. Diese Entwicklung wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Die Steinkohlenförderung fällt in 1914 auf 161 Mill. To., in 1915 noch weiter auf 147 Mill. To. Da musste der Braunkohlenbergbau in die Bresche springen und den Verlust auszugleichen versuchen. Es gab eine hohe nationale Aufgabe zu erfüllen, die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten, während draussen unsere Heere dem Ansturm der Feinde trotzten. Das Ergebnis ist ein glänzendes Zeugnis deutschen Organisationstalentes und deutscher Energie. Von 84 Mill. To. in 1914 wurde die Förderung bis auf 100 Mill. To. in 1918 gebracht. Es waren allerdings gute Verteidigungen gegeben. Der Steinkohlenbergbau vermag seine Gewinnungspunkte nicht ohne weiteres zu vermehren, die Braunkohlenlager können aber leichter mit verhältnismässig einfacheren Mitteln erweitert werden, weil hier der Tagebau vorherrscht, grösserer Massen in grösserer Masse ungeeignete Arbeitskräfte eingestellt werden. Naturgemäss konnte an gründliche Einrichtungen und der fachmässigen Ausspannung aller Kräfte nicht gedacht werden, man trieb gewissermassen Raubbau und verschob die Gründlichkeit bis nach Beendigung des Krieges. Nach dem unglücklichen Ausgang desselben erwarteten uns aber neue Anforderungen. Nach den im Juli 1920 vereinbarten Kohlenlieferungen von Spa wurde eine monatliche Kohlenförderung von 2 Mill. To. an die Entente aufgerieht, die Erde Januar noch eine Erhöhung um 0.2 Mill. To. erfuhr. Es musste Schlag auf Schlag beschritten werden. Da uns die bisher Kohle weggenommen wurde, kam für unsere Wirtschaft in erster Linie Masse die Braunkohle in Frage, nach der eine grosse Nachfrage einsetzte.

So kam es, dass die Förderung in 1920 die Rekordziffer von 111.6 Mill. To. erreichte, was einem Anteil von 45 Proz. der Gesamtkohlenförderung entspricht. In erstem Halbjahr 1921 kommt die Braunkohlenförderung mit 59.79 Mill. To. der der Steinkohle (60.95) fast gleich. Diese ganze Entwicklung war bei stark gesunkener Leistung des einzelnen Arbeiters und wegen der Einführung des Achtstundentages nur möglich durch eine gewaltige Vermehrung der Belegschaft, die von 59.000 in 1913 auf 171.000 Köpfe gestiegen ist. Die Förderung je Lohnschicht fiel z. B. in einem grossen mitteldeutschen Braunkohlenkomplex von 2.7 To. je Lohnschicht in 1914/15 auf 1.4 To. in 1920/21. Das hatte aber in Vereinen mit anderen Ursachen eine starke Heraufsetzung der Gestehungskosten zur Folge, was in einer Erhöhung der Preise zum Ausdruck kam, die aber wegen der herrschenden Brennstoffknappheit anstandslos bewilligt wurden. Es stiegen die Preise für 10 To. Niederlausitzer Briketts ab Werk von 83 Mark durchschnittlich in 1914/15 auf 267 Mark einschl. Steuern in 1918, 1615 Mark am 1. 8. 1920, 1966 Mark am 1. 2. 1921, für Rohbraunförderkohle die selben Reviere von 25 Mark auf 105 bezw. 501 und 551 Mark. Diese Preise für die Braunkohle stehen aber in keinem Verhältnis zu ihrem inneren Wert, dem Gebrauchswert, das wird von der Braunkohlenindustrie offen zugegeben.

Dieses Missverhältnis hat letzten Endes seinen Grund in der gewaltigen Vertteuerung der Gestehungskosten im Braunkohlenbergbau infolge der schematischen Einführung des Achtstundentags. Wenn die schädigenden Wirkungen auf den Braunkohlenbergbau bisher noch nicht zutage traten, lag dies an der bestehenden Kohlenknappheit. Sobald aber der Kohlenmarkt wieder flüssig wird, steht der Braunkohlenbergbau vor einer schweren Krise. Und diese Gefahr scheint unmittelbar bevorzustehen. Infolge der erwarteten Kohlenknappheit hat sich auf dem Weltmarkte ein Kohlenüberfluss herausgestellt. Frankreich hat durch die Reparationen mit Reparationskohle derart viel Kohle, dass es die Reparationskohle verkauft. Die französische Regierung zieht zurzeit nach monatelangen Verhandlungen den Einfuhrfirmen die Ausgleichstaxe für alle noch nicht verkauften Kohlen zurück und gestattet deren Ausfuhr. Belgien erstickt im Kohlenüberflusse. Die Polen stellen Feuerschiffen und Hafenbesatzung der Lübecker, besonders in Finland. Vorschrift wird die Lage durch das enorme Kohlenangebot Amerikas, das alle Preise auf dem Weltmarkt unterbietet und sogar mit den deutschen Gruben in Deutschland den Wettbewerb aufnimmt. Mitte Juni wurden amerikanische Kohle frei Hamburg für etwa 850 Mark für die Tonne angeboten, gute englische Qualitäten frei Lieferung innerhalb acht Wochen nach Wiederbeginn der Arbeit etwa zu 520 bis 550 Mark (Berlin).

Der amerikanische Kohlenausfuhr ist von 19.9 Mill. To. in 1918 auf 34.4 Mill. To. in 1920 also fast auf das Doppelte gestiegen. Mit der zu erwartenden Kohlenpreisverhöhung wird die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis immer geringer. Bei einem engsten Kohlenpreise von 25% so wird sie nur etwa 80 Mark betragen. Auf den belgischen Markt wird sich die Konkurrenz der Steinkohl immer fühlbarer.

Der Fortfall der Lieferschichten im Ruhrbezirk hat zwar einen Förderausfall zur Folge gehabt, aber die Arbeitsgleichheit Leistung ist um zirka 600 To. gestiegen und wird mit der fortschreitenden Besserung unserer allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ständig zunehmen und dann kann doch auch die trostlose Lage des oberschlesischen Kohlenbergbaues nicht dauernd so bleiben. Denugegenüber ist im mitteldeutschen Bergbau erfreulicher ein Ausfall an Aufträgen für Braunkohle festzustellen, manche Werke mussten schon vorzeitig Schichten einführen und Feierschichten einlegen. Wenn trotzdem die Förderpreise keinen wesentlichen Rückgang erfuhren, so hat das nichts zu bedeuten; denn das Problem liegt in der Absatzfrage, und hier darf man nicht erst warten, bis der Rückgang auch sahlenmässig offensichtlich ist. Die Grösse dieser Gefahr kann man erst ermessen, wenn man die Preisentwicklung der Steinkohle und der Braunkohle einander gegenüberstellt. Westfälische Steinkohle stiehlt ab Werk in 1913 je Tonne 13 Mark, am 1. Februar 1921 215.40 Mark, was eine Steigerung um das 16½fache bedeutet. Der Preis ab Werk für mitteldeutsche Braunkohlenerzeugnisse betrug je Tonne in 1913 für Rohbraunkohle 2.80 Mark, für Briketts 8 Mark, am 1. Februar 1921 für Rohbraunkohle 58.10 Mark, für Briketts 190.40 Mark. Die Erhöhung beträgt also das 20fache bei Rohbraunkohle und das 25fache bei Briketts. Wenn man dies Ergebnis zusammenhält mit dem Unterschied in der Qualität von Steinkohle und Braunkohle, so sind die Aussichten für den Braunkohlenbergbau und die Braunkohlenindustrie sehr trübe. Eine Krise würde auch diejenigen Bezirke in Mitleidenschaft ziehen, die während des Krieges auf Veranlassung der Regierung sich auf Braunkohlenbergbau umgestellt haben. Namentlich der Kalibergbau würde hiervon betroffen werden, der jetzt schon mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es würde auch die ganze Entwicklung unterbrochen werden, die dahin geht, in den Braunkohlengebieten die Industrie Braunkohle verfeinern zu lassen.

Der Braunkohlenbergbau ist sich der schwierigen Lage durchaus bewusst, die ihn droht, und arbeitet daran, sie zu beheben. Im Frieden konnte das Missverhältnis im Heizwerte zwischen Steinkohle und Braunkohle durch äusserste Sparung der Gestehungskosten ausgeglichen werden. Dieser Weg wird auch jetzt noch erfolgreich, die Rohbraunkohle, um Erzeugungsorte in Energie umgewandelt, die Nebenprodukte werden sofort herausgezogen, die Verfeuerung der Briketts und Möhr der Braunkohlengebiete wird durch solche von Rohbraunkohle ersetzt, aber diese Ersparnis wird wieder aufgewogen durch die unglücklichen Arbeitsverhältnisse, die den Braunkohlenbergbau stärker treffen als die Steinkohlenbergbau, da hier schon früher die Achtstundenschicht bestand, während im Braunkohlenbergbau eine Arbeitszeit von 8 bis 12 Stunden die Regel war. Hilfe kann nur von aussen herkommen, wie ja auch die ungeeinten äusseren Verhältnisse die Ursachen der Krise sind. Die Sanierung nach zwei Richtungen erfolgen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die minderwertige Kohle nicht die Höhe der Lasten tragen kann wie die konkurrierende Steinkohle. Der Heizwert der Rohbraunkohle beträgt nur ein Drittel bis ein Viertel der des Braunkohlenbriketts zwei Drittel des Steinkohlenbriketts. Die Frachten sind aber die gleichen, es steht ausserdem der Beförderung einer Wärmeeinheit in Braunkohle zwei- bis dreimal höher als die einer Wärmeeinheit in Steinkohle. Daraus ergibt sich, dass die Braunkohle nur in einem ganz beschränkten Umkreise ihres Gewinnungsortes mit der Steinkohle konkurrieren kann. Um wieviel stärker die Beförderungskosten auf den Preis der Rohbraunkohle einwirken als auf den Preis der Steinkohle, zeigt folgendes Beispiel: Der Verkaufspreis für 10 To. Steinkohle in Minden i. W. beträgt bei der Entfernung von 172 Kilometer von Erzeugungsort 2340 Mark einschliesslich 230 Mk. Fracht. Wenn die Frachtkosten für Beförderungskosten steht also in einem Verhältnis wie 7.9 : 1. Der Verkaufspreis in Minden für 10 To. Rohbraunkohle beläuft sich bei nahezu gleicher Entfernung von Erzeugungsort Offleben auf 920 Mark einschliesslich 260 Mark Fracht. In diesem Falle verhält sich der Verkaufspreis zu den Beförderungskosten wie 2.6 : 1. In Senftenberg, dem Mittelpunkt des Lausitzer Braunkohlengebietes, kosten 1921 eine Million Wärmeeinheiten in Briketts zur Hälfte so viel wie in oberschlesischer Steinkohle, in Minden für 1921 die Million Wärmeeinheit in oberschlesischer Steinkohle mitten im Lausitzer Braunkohlengebiet trotz der Fracht für 400 Kilometer Eisenbahn billiger als die an Ort und Stelle erzeugten Briketts. Dieses für die Braunkohle ungünstige Verhältnis hat sich bis Oktober 1920 bis zum 1. 4. erfolgte Neuregelung der Normalbeförderungsgebühren noch weiter verschlechtert. Ohne weitere Ausführungen, die Zerkleinerung der Gütertarife steht vor der Tür und wird das Absatzgebiet der Braunkohle weiter einengen.

Hier gilt es, den Hebel anzusetzen, um die Braunkohle wettbewerbfähig zu erhalten. Dies kann nur geschehen auf dem Wege einer frachtlichen Begünstigung der Braunkohle. — Noch in anderer Hinsicht kann Abhilfe geschaffen werden, und zwar durch die Senkung der Kohlensteuer. Diese beträgt für mitteldeutsche Braunkohle 96 Mark, für Briketts 331 Mark, dagegen für Steinkohle 270 Mark, für westfälische Steinkohle 906 Mark pro Tonne. Der mitteldeutsche Industrie wird der Wettbewerb ganz entscheidend erschwert, für jeden Waggon Briketts muss der mitteldeutsche Industrielle 101 Mark mehr Steuern zahlen als die Konkurrenz. Wird der Entwurf der Kohlensteuer Gesetz, so würde er sogar 152 Mark zahlen müssen. In § 6 des Gesetzes von 20. Juli 1920 ist deshalb der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, für Briketts, die aus inländischen Braunkohlen unter Verhältnissen produzieren, mit Zustimmung des Reichskohlenrates und des Reichswirtschaftsministeriums die Kohlensteuer zu ermässigen. Eine Fortschritt, aber noch viel zu wenig; denn die ganze Art der Berechnung der Kohlensteuer ist unvereinbar mit den Bedürfnissen und Zielen des Braunkohlenbergbaues, was in folgender Entschliessung des Reichstages in einer Ist-Stärkung bei der Verabschiedung des Gesetzes, heißt, die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlenstouergesetzes, zum Ausdruck kamen: Die Erhebung der Kohlensteuer ausschliesslich nach dem Zechenverkaufspreis führt zu einer Mehrbelastung solcher Kohle, deren Zechenpreis infolge hoher Gestehungskosten höher ist, als dem Verhältnis ihres Gebrauchswertes zu dem Preise der konkurrierenden Hauptsorten entspricht. Die Reichsregierung wird ersucht, spätestens für eine etwaige künftige Verlängerung der Reichskohlensteuergesetze Mittel und Wege eines Ausgleichs dieser Härten und zur Berücksichtigung des wirtschaftlichen Wertes der Kohle vorzusehen.

Eine gerechtere Besteuerung könnte erreicht werden, wenn nicht der Verkaufspreis, sondern der Gebrauchswert, d. h. der Heizwert der Kohlenerzeugnisse als Grundlage genommen wird. Die neuen Pläne des Reichsschatzministeriums lassen hoffen, dass Steuerzoll und der Erziehung von Steuersyndikaten sind auch nicht dazu angetan, dem Braunkohlenbergbau über seine Krise hinwegzuhelfen. Denn in sehr kurzen Zeiten müssen bei diesem System die höchsten Steuern erhoben werden.

Die gesamte Volkswirtschaft hat das allergrösste Interesse daran, dass der Braunkohlenbergbau vor einer Krise bewahrt bleibt; denn die Auswirkungen würden sich auf das gesamte Wirtschaftsleben erstrecken. 170 000 Bergarbeiter stehen einer unsicheren Zukunft entgegen, davon entfallen allein 145 000 auf Mitteldeutschland, den Herd der letzten Unruhen, wo auch zu berücksichtigen ist, die rote Mitteldeutschland aber gilt es zu fördern; denn nachdem die beiden grossen Steinkohlenbecken die Ruhrbecken und Oberschlesien den feindlichen Zugriffen ausgesetzt sind, ist es eine selbstverständliche volkswirtschaftliche Forderung, alles zu tun im Herzen Deutschlands gesteigen Braunkohlenbergbau zu erhalten.

Dr. W.

*

Abbruch der Lohnverhandlungen im Braunkohlenbergbau.

Auf Grund der am 1. 8. 1921 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Kohlenbergbaues getroffenen Vereinbarungen haben Gleichlautende Anträge an das Reichsarbeitsministerium für den Braunkohlenbergbau von 17. April 1920 (Beteiligten Organisationen Lohnverhandlungen stattgefunden. Es haben Verhandlungen stattfinden, dass sie sich vorbehaltlich einer entsprechenden Preiserhöhung bereitgelegt der Kernwerke und der Industrie der Berlin getroffenen Vereinbarung stellten. Durch diese Zusage wurde auch von Arbeitnehmerseite die Lohnfrage für die Dauer der Verhandlungen ruhen betrachtet. Die Verhandlungen über eine Lohnerhöhung in den Randrevieren kamen leider nicht zu einer Einigung, weil zwischen der von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhung und den von den Arbeitgebern auf Grund der mitgeteilten Lohnsätze der Werke gemachten Zugeständnisse zu gross Differenz. Durch Angaben sich das für die Kernreviere getroffene Abkommen nicht als endgültig abgeschlossen bezeichnet wurden, da die Arbeiter die Verständigung über die Lohne in den Kernrevieren von einer Verständigung über die Lohnsätze in den Randrevieren abhängig machten. Die Angaben der Kohlenwerke wird sich also auch hinausschieben, bis eine Einigung über die Lohne der Randregere erzielt ist. Diese noch bestehende Einigung ist bedauern auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der vereinbarten Regelung für die Kernreviere ohne Gewähr, wegen der Verständigung über die Lohne in den Randrevieren ohne Verständigung über die Lohnsätze in den Kernrevieren ist ein Abschluss mit einer Kündigung der Kohlenpreise als Abschluss gleich für die Lohnerhöhung zu rechnen ist.

*) Der Artikel ergänzt in der heutigen Abendausgabe die Ausführungen über die Braunkohlenkrise.

Zeitgemässe Verbandsform für den deutschen Maschinenbau.

Man schreibt uns:

Die Monatsschrift „Technik und Wirtschaft" des Vereins Deutscher Ingenieure von August 1921 macht Herr Baurat Dr.-Ing. E. W. Köster, Frankfurt a. M., einen beachtenswerten Vorschlag für die rationelle Lösung der schon so vielfach verteilterten Frage, eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Verbandsform für den deutschen Maschinenbau zu schaffen. Grundsätzlich geht dieser Vorschlag davon aus, dass eine Besserung der Geschäftsverhältnisse im Maschinenbau nicht durch die bei den Verbandsformen bisher übliche Beschränkung der Verkaufspreise anzustreben sei, sondern dass der gleiche Zweck durch Verbilligung der Herstellung eine dem heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Verbandsform für den deutschen Maschinenbau zu schaffen. Grundsätzlich gehen diese Vorschläge davon aus, dass eine Besserung der Geschäftsverhältnisse im Maschinenbau nicht durch die bei den bisherigen Verbandsformen